

Haushaltsrede der Bürgermeisterin 2026

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

wir stehen heute vor der Einbringung des Haushaltsplans 2026 – und wir müssen es offen aussprechen: Die Lage ist ernst. Unsere Gemeinde befindet sich, wie die überwiegende Mehrheit der Kommunen in Deutschland, inmitten einer gesamtgesellschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklung, die uns über die Belastungsgrenze hinausführt.

Anders als in früheren Jahren können wir auch 2026 nicht mit Zuversicht auf große Investitionsvorhaben blicken, die unsere Gemeinde in eine sichere Zukunft führen. Bereits bei der letztjährigen Haushaltseinbringung habe ich auf die sich zuspitzende Situation hingewiesen. Leider hat sie sich seither weiter verschärft. Selbst vermeintliche Lichtblicke – wie das milliardenschwere Bundespaket, das künftige Generationen erheblich belasten wird – verpuffen angesichts der Vielzahl von Aufgaben und der enormen Kosten, die uns Kommunen aufgebürdet werden.

Die Bertelsmann-Stiftung stellte im Juli fest: „Die Finanzlage der Kommunen ist im vergangenen Jahr flächendeckend eingebrochen. Die Steuereinnahmen stagnieren, während Personal-, Sozial- und Sachaufwände ungebremst steigen.“

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung, formuliert es noch klarer: „Wir erleben die größte Finanzkrise der Städte und Gemeinden seit dem Zweiten Weltkrieg.“

Und Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetags, warnte jüngst: „Unser Staat lebt seit Jahren über seine Verhältnisse – nicht nur finanziell, sondern auch strukturell. Wir können so nicht weitermachen.“

Diese Aussagen hängen unmittelbar zusammen. Seit Jahren nehmen Leistungsversprechen von Bund und Land mit nahezu jedem Gesetz zu – ohne dass echte Gegenfinanzierungen bei uns Kommunen ankommen. Solange die Steuereinnahmen stiegen, schien das System zu

funktionieren. Doch nun stagnieren oder sinken die Einnahmen. Damit wiegen die Versprechen umso schwerer.

Uns Kommunen fehlt das Geld, um beispielweise den gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen oder um notwendige Infrastruktur zu sanieren. An neue Projekte ist überhaupt nicht zu denken. Es geht nicht mehr darum, ob wir neue Vorgaben angehen können – sondern darum, wo wir streichen müssen. In vielen Städten wird bereits offen über die Schließung von Freibädern und Büchereien oder die Reduktion von Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen gesprochen.

Doch warum brechen die kommunalen Finanzen so ein?

Es ist ein strukturelles Problem:

Die Einnahmen stagnieren, während die Sozialausgaben explodieren.

Im Landkreis Karlsruhe sind sie in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Der Haushalt 2026 umfasst ca. 750 Mio. Euro. 414 Mio. Euro, das sind ca. 60 Prozent, der Aufwendungen fließen in den Sozialbereich. Trotz aller geforderter Reformen ist ein Ende der Kostensteigerungen nicht absehbar, im Gegenteil von 2025 auf 2026 stiegen die Ansätze noch einmal drastisch.

Der Landkreis ist gesetzlich gebunden, denn die Sozialgesetzbücher werden in Berlin beschlossen – und wir Kommunen müssen über die Kreisumlage zahlen. Landrat Dr. Schnaudigel brachte es bereits bei seiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr treffend auf den Punkt: „Wir können das Geld gar nicht so schnell sparen, wie andere es für uns ausgeben.“

Diese Entwicklung trifft nun auch uns in Zaisenhausen empfindlich. Der Kreisumlagesatz stieg bereits 2025 von 27,5 auf 32 Punkte. Das kostet uns rund 130.000 Euro zusätzlich. Für 2026 plant der Landkreis eine erneute Erhöhung auf 34 Punkte. Das bedeutet für Zaisenhausen eine weitere Mehrbelastung von ca. 130.000 Euro.

Über unsere Fraktionen haben sich Volker Geisel und ich im Kreistag dafür eingesetzt, dass die ursprünglich prognostizierten 38,5 Punkte verhindert wurden. Doch selbst mit 34 Punkten kann im Landkreis - einer aktuellen Umfrage nach - keine einzige Kommune einen Haushaltsausgleich

erreichen. Auch der Landkreis selbst kann dies nicht mehr. Wir liegen mit unserer Entwicklung also „im Trend“, aber diese Erkenntnis ist für die tägliche Arbeit alles andere als tröstlich.

Zum Kostendruck kursieren viele vereinfachte Darstellungen – doch sie greifen zu kurz. Die Belastung in unseren Kommunen entsteht nicht primär durch das Bürgergeld, sondern vor allem durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG). Wie bereits im letzten Jahr erwähnt: Die Aufwendungen haben sich für viele Betroffene teils verdoppelt. Die Verwaltungskosten im System sind immens – dabei kommen von drei Euro nur einer beim Hilfeempfänger an. Zwei Euro versickern in Bürokratie. Eine Obergrenze gibt es nicht; 30.000 bis 40.000 Euro pro Monat und Person sind im Landkreis Karlsruhe keine Seltenheit. Insgesamt steigen die Kosten jährlich um rund 30 Mio. € alleine in unserem Kreis.

Trotz der angespannten Situation gibt es auch positive Nachrichten.

Ein Teil des 100-Milliarden-Euro-Infrastrukturfonds des Bundes fließt über die Länder direkt an die Kommunen. Wir erhalten davon in den nächsten 12 Jahren ca. 1,3 Mio. Euro für Infrastrukturinvestitionen. Für welche Maßnahmen die Mittel genutzt werden dürfen, steht fest. Die genauen Abrufbedingungen folgen noch.

Sehr geehrte Gemeinderäte,

sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

die übergeordneten Entwicklungen habe ich bewusst ausführlich dargestellt, um klarzumachen: Die finanziellen Engpässe sind nicht hausgemacht.

Hätten wir in den Jahren vor 2022 eine Glaskugel gehabt, hätten wir sicher noch mehr investiert – damals war es möglich Projekte aus Eigenmitteln, mit guten Förderquoten und günstigen Krediten zu stemmen. Diese Voraussetzungen haben wir heute nicht mehr.

Nun müssen wir mit knappen Mitteln klug haushalten:

Wir wollen künftigen Generationen keine marode Infrastruktur hinterlassen – und dennoch jede Investition kritisch hinterfragen. Dazu wird es Entscheidungen im Gemeinderat brauchen, die nicht jedem gefallen werden, aber notwendig sind.

Entwicklung des Haushalts 2026

Der Ergebnishaushalt steigt von

6,1 Millionen Euro (2025) auf 6,9 Millionen (2026) – ein neuer Höchststand.

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich auf -723.000 Euro, ein Negativrekord.

Zentrale Gründe:

- +400.000 € höhere Kosten im Kindergartenbereich im Vergleich zum Planansatz 2025
- +130.000 € durch die Erhöhung der Kreisumlage

Alleine die Kindergartenkosten betragen in 2026 1.6 Mio. Euro – fast ein Viertel unseres gesamten Haushaltsvolumens. Nach Abzug der Elternbeiträge und Landeszuschüsse müssen wir rund 9.000 € pro Kind aus Gemeindemitteln tragen. Das ist dauerhaft nicht zu stemmen. Ein Gesprächstermin mit der Kirchengemeinde und den Kindergartenvertretern wurde bereits anberaumt. Gemeinsam müssen wir schauen, wo Einsparungen möglich sind.

Mehr als 80 % unserer Ausgaben sind rechtlich gebundene Pflichtaufgaben. Einsparpotenziale sind daher äußerst begrenzt. Eine globale Minderausgabe wurde bereits eingeplant, und alle Arbeitsbereiche – nicht erst ab 2026 – zum Sparen verpflichtet.

Auch auf der Einnahmenseite müssen wir nachsteuern. Entscheidungen der Vergangenheit, die damals entlastend für den Bürger wirkten, holen uns nun ein. In den vergangenen Monaten haben wir bereits wichtige Beschlüsse gefasst. Doch wir müssen 2026 nochmals alles auf den Prüfstand stellen.

Ich schlage daher ein befristetes Arbeitsgremium aus Gemeinderäten und Verwaltung vor, um gemeinsam – kritisch und konstruktiv – Optimierungen zu erarbeiten.

Das zahlungswirksame Defizit beträgt 393.400 Euro. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dieses Defizit bis zum Haushalt 2027 deutlich zu verringern.

Wir werden unsere Kreditobergrenze in Höhe von 393.400€ mit geplanten Kreditaufnahmen in Höhe 390.000€ fast vollständig ausschöpfen.

Die Sanierung des Hochbehälters sollte ursprünglich aus Eigenmitteln erfolgen – dies ist aufgrund steigender laufender Kosten nicht mehr realistisch. Die Sanierung an sich läuft übrigens gut im Zeit- und Kostenrahmen. Da auch unsere Liquidität zunehmend kritisch wird, müssen wir voraussichtlich Kassenkredite aufnehmen. Dies bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsicht und ist eine Situation, die wir unbedingt vermeiden wollen – aber wir müssen realistisch planen.

Was mich etwas positiv stimmt: Wir haben in den vergangenen Jahren viel investiert.

- Umfassende Sanierung von Brunnen- und Bahnhofstraße sowie Teile in Kelter- und Schul-/Auggartenstraße.
- Große und kleine Investitionen in Kindergarten und Grundschule

Dadurch sind wir noch immer solide aufgestellt. Dennoch müssen wir kontinuierlich weiter sanieren, Straße für Straße, Gebäude für Gebäude. Die 1,3 Mio. € Bundesmittel helfen uns dabei – ebenso wie weitere Förderprogramme, darunter der Ausgleichstock und Mittel aus dem Sanierungsprogramm. So können wir den erforderlichen Fußweg ins Gewerbegebiet voraussichtlich ohne Eigenmittel realisieren. Eine Maßnahme, mit Investitionskosten von ca. 300.000 Euro.

Sobald die Untersuchungen der noch nicht sanierten Straßen abgeschlossen sind, erstellen wir einen mehrjährigen Sanierungsplan – in einem Tempo, das finanziell machbar ist, um eben strukturiert durch diese herausfordernden Zeiten zu kommen.

Auf der Einnahmenseite erwarten wir Mehreinnahmen- vor allem durch höhere Schlüsselzuweisungen und mehr Einkommensteueranteil (plus 170.000€). Außerdem bleibt die Gewerbesteuererinnahme relativ konstant. Das ist ein gutes Zeichen, auch mit Blick auf unsere Betriebe und deren wirtschaftliche Situation. Aufgrund der Erhöhung des Hebesatzes können in diesem Jahr 750.000€ angesetzt werden. Zuvor waren es 700.000 Euro. Die größte Belastung bleibt die Kreisumlage die von 911.220€ um 130.000€ auf 1.040.878 Euro klettert. Unterm Strich fehlen -723.000 Euro zum Haushaltsausgleich.

Bis ein Haushaltsentwurf steht, ist es ein langer Weg. Mein besonderer Dank gilt darum Frau Weiland. Die Zahlen lagen pünktlich vor, und die internen Beratungen waren sachlich, klar und konstruktiv. Auch meine Versuche, manche Zahlen weniger schmerzhaft erscheinen zu lassen, hat Frau Weiland konsequent zurückgewiesen – mit dem richtigen Hinweis: Nur realistische Planung hilft uns weiter.

Wir alle müssen gemeinsam daran arbeiten, unsere Gemeinde trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen in eine gute Zukunft zu führen. Für unsere Kinder, unsere Enkel – und alle, die nach uns kommen.

Gemeindetagspräsident Steffen Jäger brachte es treffend auf den Punkt:

„Ohne leistungsfähige Kommunen hat unser Land keine stabile Demokratie, keinen sozialen Frieden und keine Zukunft.“

Wir werden deshalb weiterhin an Bund und Land appellieren – aber ebenso bei uns selbst ansetzen müssen. Nur gemeinsam können wir wieder auf Kurs kommen.

Ich wünsche dem Gemeinderat eine gute Haushaltsberatung sowie Mut und Weitblick für die anstehenden Entscheidungen.

Vor uns liegt viel Arbeit – aber auch eine Aufgabe, die wir gemeinsam, in einem guten konstruktiven Miteinander bewältigen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Cathrin Wöhrle
Bürgermeisterin